

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 32

Charlottenburg, Freitag, den 11. August 1916

Jahrg. 43

Bekanntmachungen.

Für die Berichtswoche vom 24. bis 29. Juli haben keine Berichte eingelangt:

Freiberg, Hornberg, Mengersgereuth, Schmiedefeld, Schönwald.

Das Verbandsbüro.

Unterstützung im Krankheitsfalle.

Um Zweifeln vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß für bereits bestehende Krankheitsfälle am 14. August nicht erst die dreitägige Wartezeit, sondern schon die Unterstützung beginnt, wenn bis dahin die Wartezeit und die dreitägige Meldefrist abgelaufen ist.

An die Zahlstellenkassierer.

Mit dieser Nummer der „Ameise“ erhalten die Kassierer neue Antragsformulare zur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit mit dem Ausdruck: „Formular vom 14. August 1916“. Alle etwa noch vorhandenen älteren Antragsformulare bitten wir zur Vermeidung von Verwechslungen sogleich zu vernichten.

Ferner liegen der Sendung bei neue Formulare zu Anträgen auf Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeit. Sie tragen den Ausdruck „Krankmeldung“ und sind ebenfalls sofort verwendbar. Sie gelten also auch für Fälle vor dem 14. August begonnener Arbeitsunfähigkeit. Nach dem Vorstandsbeschlusse wird die Unterstützung schon vom 14. August ab gezahlt, wenn an diesem Tage die dreitägige Wartezeit bereits verstrichen oder überschritten ist.

Zur Quittierung der Unterstützung im Krankheitsfalle erhalten die Kassierer besondere, nur dafür verwendbare, rosa Formulare, welche der nächsten Nummer der „Ameise“ beiliegen werden. Die Rubriken 1—9 dieses Formulars sind immer gewissenhaft auszufertigen.

Diese Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeit wird, je nach den Umständen, auch für einzelne Tage ausgezahlt, und zwar bei Beginn und Beendigung der Arbeitsunfähigkeit, sonst nur für die volle Woche. Die Unterstützung ist stets am Sonnabend auszuzahlen, mit Ausnahme der Woche, in der die Gesundheitsmeldung erfolgt. In diesem Falle wird die fällige Unterstützung am letzten Tage der Arbeitsunfähigkeit ausgezahlt.

Erkrankt z. B. ein Mitglied am 15. August und hat Anspruch auf 4,50 M. pro Woche, so erhält es vom 18. August ab, nämlich Sonnabend, den 19. August die erste Unterstützung für 2 Tage à 75 Pf. = 1,50 M. Sonnabend, den 26. August erhält es für die volle Woche vom 21. August bis 26. August für 6 Tage = 4,50 M. Unterstützung. Wird das Mitglied Donnerstag, den 31. August wieder gesund und arbeitsfähig, so erhält es Mittwoch, den 30. August die letzte Unterstützung, und zwar vom 28. August bis 30. August für drei Tage à 75 Pf. = 2,25 M.

Zur Quittierung der Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit sind die bisherigen Quittungsformulare Nr. 12, der Sterbeanerkennung die Quittungsformulare

Nr. 18, die ebenfalls genau auszufertigen sind, insbesondere bezüglich der Bezeichnung der Krankheit, an der das Mitglied verstorben ist, und der Wöchnerinnen-Unterstützung die Quittungsformulare Nr. 19 zu benutzen.

Bei Stellung der Anträge zwecks Gewährung von Sterbegeld und Wöchnerinnen-Unterstützung ist ebenfalls anzugeben, welchen Zuschußklassenbeitrag das betreffende Mitglied gezahlt hat bzw. wie hoch der Durchschnittsbeitrag der letzten 52 gezahlten Wochenbeiträge ist und wieviel Wochenbeiträge das Mitglied bis zum Tage, an dem der Antrag beim Zahlstellenkassierer gestellt wird, restiert.

Unterstützung beziehende Mitglieder haben Beiträge nicht zu zahlen. Dagegen sind Restbeiträge in jedem Falle von der Unterstützung in Abzug zu bringen.

Ferner werden die Zahlstellenkassierer schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß in den folgenden Quartals-Abrechnungen die wöchentlichen statutarischen Beiträge für Verband und Zuschußklasse nicht mehr angegeben werden brauchen. Nur bei denjenigen Mitgliedern, die noch statutarische Reste aufweisen, kann auf die Angabe des wöchentlichen statutarischen Verbands- und Zuschußklassenbeitrages, sowie der Angabe der Restwochen nicht verzichtet werden. Aber auch von dieser Arbeit können die Zahlstellenkassierer befreit werden, wenn sie die betreffenden Mitglieder zur Begleichung dieser Reste anhalten. Diese Ermahnung wird gewiß nicht fruchtlos sein, wenn sie darauf hinweisen, daß es Krankenunterstützung nicht gibt, wenn solche Reste vorhanden sind.

Das Verbandsbüro.

Erweiterung der Unterstützung im Verbands.

Als Nachtrag zu der am 16. Juli beschlossenen und in der „Ameise“ Nummer 31 vom 4. August veröffentlichten Erweiterung der Unterstützung hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 5. August beschlossen, auch Fahr- und Umzugsgelder wieder zu gewähren.

Es gelten dafür folgende Bestimmungen:

Mitglieder, welche dem Verbands mindestens 52 Wochen angehören, auch für mindestens 52 Wochen Beiträge bereits gezahlt haben und nicht mit mehr als drei Beiträgen im Rückstande sind, können, wenn sie ledig sind, Fahrgelder, wenn sie verheiratet sind, Fahr- und Umzugsgelder an einen andern Arbeitsort erhalten bei freiwilliger und bei unfreiwilliger Arbeitsaufgabe, die nicht durch grobes Selbstverschulden veranlaßt wurde, wenn die Arbeitsaufgabe nicht vor dem 13. August dieses Jahres erfolgte und wenn oder soweit nicht ein Unternehmer die Ueberfiedelungskosten ganz oder teilweise trägt. Bei Rückkehr aus dem Auslande werden Fahr- und Umzugsgelder nicht gewährt.

Fahrgelder kann ein Mitglied innerhalb 52 Wochen zweimal erhalten, einmal durch Bewilligung der Zahlstellenverwaltung, das zweite Mal durch Beschluß des Verbandsvorstandes.

Fahrgelder dürfen nur dann bewilligt werden, wenn der Antragsteller vor der Abreise eine bestimmte Stellungszusage aufweisen kann.

Die Berechnung erfolgt mit 2 Pf. pro Bahnkilometer. Für Frauen verheirateter Mitglieder wird der gleiche Satz, für jedes Kind im Alter von 4—10 Jahren die Hälfte gezahlt, aber erst dann, wenn der Umzug der Familie tatsächlich erfolgt und nur nach vorher beantragter Anweisung durch das Verbandsbureau. Insgesamt dürfen die Fahrzelder 50 M. inne halb 52 Wochen nicht über steigen.

Gezahlte Fahrzeldbeträge sind vom Kassierer in das Quittungsbuch des Mitgliedes mit Tinte einzutragen. Sofort nach Bewilligung von Fahrzeldern durch die Zahlstellenverwaltung hat sie den Verbandschriftführer davon zu benachrichtigen unter Angabe von Mitgliedsnummer und Namen, der neuen Stellung und des bewilligten Betrages. Wenn vor der Abreise des Mitgliedes noch genügend Zeit bleibt, werden auf Wunsch die Fahrzelder auch durch das Verbandsbureau berechnet. Zahlstellen, welche die Mitteilung an den Vorstand von Bewilligungen durch die Verwaltung oder die Eintragung in das Quittungsbuch unterlassen, oder Fahrzelder unrechtmäßig bewilligen, kann der Vorstand das Recht auf selbständige Entscheidung und ev. auch die Inanspruchnahme von Fahrzeldern überhaupt entziehen. Bei vermeintlich unrechtmäßiger Verweigerung von Fahrzeldern durch die Verwaltung müssen sich die Mitglieder an den Vorstand wenden.

Umzugsgelder können in der Regel innerhalb 52 Wochen nur einmal, ein zweites Mal nur, wenn Maßregelung wegen Vertretung der Verbandsinteressen oder Bestrebungen vorliegt, immer aber nur durch den Vorstand bewilligt und dürfen in keinem Falle ohne besondere Anweisung seitens des Vorstandes ausgezahlt werden. Sie betragen bei einer Entfernung bis zu 50 Km. 15 M., bis 100 Km. 25 M., bis 200 Km. 35 M., bis 300 Km. 45 M., von über 300 Km. 50 M.

Vorstehende Beschlüsse bilden nicht eine teilweise Wiederherstellung des Statuts, sondern nur eine zeitliche Maßnahme des Vorstandes, ev. für die Kriegsdauer und die darauf folgende wirtschaftliche Uebergangszeit. Der Vorstand behält sich ausdrücklich vor, diese Beschlüsse je nach Umständen und Erfahrung abzuändern und auch ev. für einzelne Orte oder allgemein aufzuheben. Sie gelten dann aber mindestens so lange, bis eine Abänderung oder die Aufhebung durch den Vorstand bekannt gemacht ist und für alle Fälle, in denen die Aufgabe oder Aufständigung der Arbeit noch vor solcher Bekanntmachung erfolgte.

* * *

Der größte Teil der sonst in unserer Industrie beschäftigten Männer ist zum Heere einberufen, eine große Anzahl von Männern und Frauen mußte bereits ihr Brot in andern Industrien suchen, trotzdem vermag die Porzellanindustrie die noch unverhältnismäßig große Zahl der Arbeitslosen nicht aufzunehmen und vielfach ist noch mit zum Teil starke Arbeitsbeschränkung, die immer entsprechende Verdienstbeschränkung bedeutet, erforderlich. Der Ueberfluß von Arbeitskräften wirkt auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht günstig, er erschwert die Bestrebungen nach einem der Verteuerung der Lebensmittel entsprechenden Lohnaufstieg besonders dort, wo weder der Krieg noch die Arbeiternot das soziale Gewissen des Unternehmers geschärft haben.

Wir betrachten die Bewegung unserer Arbeiterschaft zur Erlangung von Teuerungszulagen keineswegs für abgeschlossen und halten nach wie vor daran fest, daß der Erfolg einfach nicht ausbleiben darf, weil das Maß der Not unerträglich wird. Aber es ist doch von vornherein damit zu rechnen, daß nicht alle Unternehmer dem Gebot der Notwendigkeit gerecht werden. Manche werden versuchen, das durchaus nicht zu können und es mag jetzt in der Tat besonders denen schwer fallen, die schon in Friedenszeiten immer behaupteten, nur auf Grund niedrigster Löhne ihren Betrieb und ihre Existenz aufrecht erhalten zu können.

Und so sieht es denn leider fest: unsere Industrie kann einen großen Teil ihrer Arbeiterschaft nicht mehr ernähren und dieser Zustand wird anhalten, bis längere Zeit nach Kriegsende, er wird noch ernster werden, wenn wirklich noch einzelne Betriebe zum Stand kommen sollten und er wird sich über alle Maßen verschlimmern, wenn nach Friedensschluß die durch Krieg gebundenen Arbeitskräfte wieder frei werden und zurückströmen in der Hoffnung, um an den erlöschenden Segnungen des Friedens teilzunehmen.

Dazu kommt, daß einzelne Unternehmer und Betriebsleiter durch das Rückschwinden getroffenen Uebereinkommen des Pazifizierens durchaus nicht sich, dagegen aber den Arbeiter

um so fester gebunden erachten und ihre Bestimmungserledigung und Maßregelungssucht auch nicht zeitweilig unterbrechen können.

All diese Umstände nötigen die Arbeiter mehr und mehr mit Arbeits- bzw. Ortswechsel zu rechnen, sich nach Arbeitsplätzen, die der Zufall in anderen Dingen unserer Industrie schafft oder frei macht, umzusehen, oder in andere, entferntliegende Industrien abzuwandern. Mehrfach ist da von Mitgliedern vorgehalten worden, daß wir durch Vorenthaltung der Retiemittel es ihnen unmöglich machen aus dem Banne ihrer Not an solche Plätze zu gelangen.

Wenn der Vorstand nicht schon am 16. Juli Gewährung von Fahr- und Umzugsgeldern bereit war, lagen eben noch Bedenken vor und wir gestehen, sie waren nicht lediglich finanzieller Natur, sondern lagen auch in der Frage, ob damit auch den Interessen der Industrie gedient sein würde. Wir haben inzwischen unsere Bedenken abwenden und sagen müssen, daß, wenn nur unser Verband allein die Interessen der Industrie für Gegenwart und Zukunft zu wahren sich bemühen will, dies vergeblich bleiben muß. Dafür sind andere Kreise maßgebender und verantwortlicher. Wir können uns nun mit gutem Gewissen lediglich damit beschäftigen unsere Mitglieder nach Möglichkeit zu helfen.

Als solches Bemühen werden die Mitglieder unsere Beschlüsse wohl anerkennen und wir hoffen, daß sie den Vorstand der Organisation für sie wieder um ein Wesentliches gestärkt finden und daß sie das nun auch in jeder Beziehung erkennen lassen und wieder lebhafter werben für den Verband.

Der Vorstand.

Zur Bewegung zum Zwecke der Erlangung von Teuerungszulagen.

Seit Monaten bemühen sich die Arbeiter der Porzellan- und Stringutindustrie, in Rücksicht auf die herrschende Teuerung eine Erhöhung der Löhne in Form von Teuerungszulagen zu erhalten. Einsichtige Unternehmer haben auch diesem Verlangen gegenüber Verständnis gezeigt und haben eine solche Zulage bewilligt, wenn auch in vielen Fällen nur in sehr bescheidenem Maße. Ein anderer Teil der Unternehmer hat sich ablehnend verhalten, unter Hinweis auf die nicht günstige Lage, in der sich die feinkeramische Industrie befindet, ein anderer Teil hat den Arbeitern empfohlen, sich durch ihre Organisation an die Unternehmerorganisation zu wenden, um ein gleichmäßiges Vorgehen in dieser Angelegenheit zu erzielen. Soweit unsere Mitglieder aus dem einen oder anderen Grunde mit ihrem Verlangen abgewiesen wurden, stellten sie an die Verbandsleitung das dringende Ersuchen, ihnen behilflich zu sein, um der drückenden Not, unter der sie alle leiden, etwas steuern zu können. Der Vorstand wandte sich nun an die Leitung des Schutzvereins Deutscher Porzellanfabriken mit nachstehendem Schreiben, das wir im Wortlaut folgen lassen.

Charlottenburg, den 21. Juli 1916.

An den
Vorstand des Schutzvereins Deutscher Porzellanfabriken
z. H. des Herrn W. Plambeck
Berlin-Friedenau.

In einer großen Anzahl dem Schutzverein Deutscher Porzellanfabriken angeschlossener Betriebe haben die Mitglieder unseres Verbandes, zumeist gemeinsam mit den unorganisierten und anderen Gewerkschaften angehörenden Arbeitern Anträge auf Teuerungszulagen in nach Betrieben unterschiedlicher Höhe von 20 und 30 Proz. der bestehenden Löhne eingereicht, in anderen Betrieben soll das nach unseren Informationen noch geschehen. Nur einzelne der Herren Unternehmer haben den Arbeitern einiges Entgegenkommen gezeigt, in fast allen andern Fällen ist das Gesuch der Arbeiter mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Lage der Industrie und die Unrentabilität der Betriebe eine solche Zulage nicht gestatte. Fast überall ist aber auch der Ablehnung vorausgeschickt worden, daß das Verlangen der Arbeiter an sich gerechtfertigt erscheine in Ansehung der bestehenden Verteuerung aller zur Lebensnotwendigkeit gehörenden Waren. In einigen Fällen erhielten die Arbeiter den Bescheid, daß eine Teuerungszulage nur dann möglich sei, wenn zwischen dem Schutzverein und unserem Verbande ein dahingehendes Abkommen getroffen würde.

Durch örtliche Versammlungen ist der Vorstand unseres Verbandes beauftragt worden, die Angelegenheit weiter zu betreiben und insbesondere den Schutzverein Deutscher Porzellanfabriken dafür zu interessieren. Wir müssen unsererseits nach Erwägung aller Umstände, auch der z. Zt. ungünstigen Lage unserer Industrie, der Meinung der Arbeiter beipflichten, daß die erfolgten Ablehnungen unmöglich endgültig bleiben können, weil das Mißverhältnis zwischen „Soll“ und „Haben“ der Arbeiter bereits so groß geworden ist, daß es deren nackte Existenz in Frage stellt. Wir hoffen auch, daß der Vorstand des Schutzvereins sich dieser Erkenntnis nicht verschließen wird und ersuchen denselben ganz ergebenst, seinen Einfluß zugunsten der Arbeiter, deren Interessen in dieser Frage sich sehr wesentlich decken mit den Interessen der Industrie, geltend zu machen dadurch, daß er allen dem Schutzverein angehörenden Mitgliedern nahelegt, den bereits eingereichten und noch zu erwartenden gleichen Ansuchen der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Für den Fall, daß der Vorstand des Schutzvereins meint, unserm Ersuchen nicht oder nicht uneingeschränkt entsprechen zu können, erklären wir uns zu Beratungen, in denen das Ziel irgendwelcher Vereinbarungen erörtert werden könnte, von vornherein bereit und bitten wir diesbezügl. Verhandlungen an.

Einer gefälligen und geneigten Rückäußerung entgegen-

Hochachtungsvoll

i. A. Georg Wollmann.

Darauf ging zunächst die Antwort ein, daß der Geschäftsführer des Schutzvereins verreist, nach dessen Rückkehr wir die Beantwortung unseres Schreibens erhalten würden. Wir stellten dann nachstehenden Brief, den wir ebenfalls im Wortlaut folgen lassen.

Berlin, den 31. Juli 1916.

An den

Vorstand des Verbandes der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen

zu Händen des Herrn Georg Wollmann

Charlottenburg.

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Zuschrift vom 21. d. Mts. In Erledigung derselben machen wir Sie zunächst ergebend darauf aufmerksam, daß der Schutzverein Deutscher Porzellanfabriken als solcher keinen bestimmenden Einfluß auf die Lohnverhältnisse in den Betrieben seiner Mitglieder hat.

Da die Verhältnisse bei allen Fabriken verschieden sind, so wäre ein die Löhne regelndes Abkommen zwischen beiden Verbänden, wie solches von einzelnen Fabrikanten Ihnen gegenüber anscheinend angedeutet ist, nicht durchführbar.

Unser Verband ist dagegen gern bereit, Ihrem Wunsche zu entsprechen und in empfehlender Weise bei unseren Mitgliedern dahin zu wirken, dem Ansuchen einzelner Arbeiter auf Bewilligung einer Teuerungszulage nach Möglichkeit zu entsprechen.

Unsere Mitglieder erkennen die Notwendigkeit sehr wohl an, die Lohnverhältnisse den Zeitverhältnissen anzupassen und haben denn auch bereits eine Anzahl Firmen die Verdienste von Arbeitern erhöht. Die Entschlüsse in jedem einzelnen Falle über den Grad der zu gewährenden Erhöhungen müssen aber jedem Mitgliede selbst überlassen bleiben, denn wie schon eingangs erwähnt, ist unser Schutzverein nicht in der Lage, einen bestimmenden Einfluß nach dieser Richtung hin auszuüben.

Die von Ihnen angeregte mündliche Verhandlung zwischen beiden Verbänden — die wir prinzipiell keineswegs ablehnen möchten — würde deshalb wohl in diesem Falle zu keinem Ziele führen.

Wenn unsere Mitglieder Ihrem Wunsche entsprechen würden, müßten sie Verkaufspreis-Erhöhungen vornehmen, die nicht durchzuführen sind, sondern zu weiteren Einschränkungen des Umsatzes führen. Es sind ohnehin Fabriken vorhanden, deren Jahresergebnis sie vor die Frage stellen, ihren Betrieb einzustellen. Eine Preiserhöhung, die die Teuerung der Kohle mit sich brachte, hat bereits ähnlich gewirkt.

Wir sind aber der Ueberzeugung, daß die Gesuche einzelner Arbeiter um Verbesserung der Lohnverhältnisse eine durchaus wohlwollende Berücksichtigung seitens der Fabriken finden werden, und haben wir den letzteren, soweit

sie unserem Schutzverein angehören, bereits in diesem Sinne geschrieben.

Hochachtungsvoll

Schutzverein Deutscher Porzellanfabriken.

Plambach.

Der uns gewordenen Antwort entnehmen wir, daß die Leitung des Schutzvereins keinen bestimmenden Einfluß in allen Fällen auf seine Mitgliedsfirmen auszuüben vermag. Wir erinnern uns aber, daß doch in recht vielen Fällen der Schutzverein einen solchen Einfluß auszuüben sich bemüht hat. Wir haben uns natürlich die Sache nicht so gedacht, daß die Leitung des Schutzvereins dessen Mitgliedern die Bewilligung einer 20 bis 30prozentigen Teuerungszulage einfach diktieren könnte. Wir glaubten aber doch abwarten zu können, ob einzelne oder gar viele der dem Schutzverein angeschlossenen Firmen sich dem Vorschlage zu solcher allgemeinen Belastung der Industriellen widersetzen würden. Wo sonst Widerstand oder Uneinigkeit in einer wichtigen Frage besteht, liegt es ja im Wesen einer Organisation, auf Einigkeit und Gemeinsamkeit hinzuwirken. In diesem Sinne hat ja auch der Schutzverein in früheren ähnlichen Fällen gehandelt und seine Mitglieder zu Leistungen und Bindungen veranlaßt, die viele von ihnen als Einzelne nicht geneigt waren, auf sich zu nehmen, die auch jetzt noch manchem nicht gerade angenehm sind, aber doch getragen werden.

Eine wichtige Frage sollte doch auch für den Schutzverein sein die verzweifelte Lage, in der sich die Arbeiter unserer Industrie heute befinden. Wir haben in unserm Schreiben nicht ohne Bedacht darauf hingewiesen, daß auch die Interessen der Industrie ein Eingehen auf das Verlangen der Arbeiter erfordern. Diese Auffassung haben übrigens nicht nur wir und die Arbeiter allein, sondern auch Unternehmer haben von der Notwendigkeit einer allgemeinen und gleichmäßigen Regelung gesprochen, und auch, soweit wir darüber informiert sind, an den Schutzverein diesbezügl. Anregungen gerichtet. Umso mehr hielten wir es für möglich, daß die Mitglieder des Schutzvereins im Wege der Vereinbarung sich zu einer gemeinsamen Aktion entschließen könnten.

Wir und auch die gleichdenkenden Mitglieder des Schutzvereins haben uns darin geirrt. Daraus können wir der Leitung des Schutzvereins einen Vorwurf nicht machen. Wir sind allzusehr überzeugt, daß die Leitung des Schutzvereins über die Stimmung seiner Mitglieder unterrichtet ist, und annimmt, daß für eine Verständigung von Organisation zu Organisation diesmal, wenigstens vorläufig, keine Neigung besteht.

Damit ist die Angelegenheit aber weder für die Arbeiter noch für uns erledigt. Der Schutzverein hat ja auch seinen Mitgliedern empfohlen, den Arbeitern entgegen zu kommen. Wir erkennen das an, müssen aber mit Entschiedenheit gegen die vom Schutzverein beliebte Form protestieren, nach welcher es sich nur darum handeln soll, dem Ansuchen einzelner Arbeiter zu entsprechen. Die Arbeiter unserer Industrie bedürfen aller einer Teuerungszulage und dürfen unter keinen Umständen sich dahin beeinflussen lassen, daß bei dem Ansuchen auf Gewährung von Teuerungszulagen die große Masse der Arbeiter und ihre Vertretungen ausgeschaltet sein sollen.

Es ist nun Aufgabe der Arbeiter, sofort von neuem an die Unternehmer heranzutreten, soweit sich diese bisher abweisend oder abwartend verhielten und dabei auf die inzwischen erfolgte Empfehlung des Schutzvereins Bezug zu nehmen. Das muß aber unverzüglich geschehen, um nach der vielfach monatelangen Verzögerung endlich zu einem gleichzeitigen Abschluß dieser Angelegenheit zu gelangen. Bei den Unternehmern bestehen Anlässe zu weiteren Verzögerungen nun auch nicht mehr, wie sie beim ersten Male bestanden in dem Wunsche auf eine gemeinsame Verständigung von Organisation zu Organisation, oder in der Begründung, erst erwägen zu müssen, inwieweit die Möglichkeit gegeben sei, dem Verlangen der Arbeiter entsprechen zu können. Für eine Antwort auf ein erneutes Verlangen der Arbeiter wird nunmehr nur noch der gute Wille von ausschlaggebender Bedeutung sein. Außerdem ist die Sache nun doch endlich eilig und dringend geworden. Die Not der Arbeiter läßt sich ja nicht mit aufschieben, sondern ist inzwischen noch größer geworden, hat sich mit der längeren Dauer noch höher gehäuft, sie schreit geradezu nach Abtragung.

Ueber das Ergebnis ihres erneuten Ansuchens wollen unsere Mitglieder dem Vorstandsvorstande immer baldigst und gewissenhaft berichten.

Die Frau in der gewerkschaftlichen Organisation.

Als nach Ausbruch des Krieges eine außerordentlich starke Arbeitslosigkeit auftrat, lag die Befürchtung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs sehr nahe. Sie verwirklichte sich jedoch nicht. Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit trat eine Besserung des wirtschaftlichen Lebens ein. Der Verkehr kam wieder in Gang und unter der Wirkung des Heeresbedarfs und der wieder aufgenommenen Geschäftsverbindungen mit den neutralen Staaten entstand bald eine lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften, die sich in dem Maße steigerte, als der Industrie, dem Handel und Verkehr durch die stattfindenden Einberufungen männliche Arbeitskräfte entzogen wurden. In dem gleichen Maße steigerte sich aber auch die Verwendung von Frauen an Stelle der zum Heere einberufenen Männer, da es sich als unmöglich erwies, diese auf andere Weise zu ersetzen, Industrie, Handel und Verkehr aufrecht zu erhalten. Die Frauenerwerbsarbeit hat unter diesen Umständen einen Umfang angenommen, der die Arbeiter wie auch ihre gewerkschaftlichen Organisationen dazu nötigt, der gewerblichen Verwendung der weiblichen Arbeitskraft noch größere Beachtung zuzuwenden, als es schon seither geschehen ist.

Die gewaltige Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit kennzeichnet die rapide kapitalistische Entwicklung des Deutschen Reiches, seine Umwandlung zum Industrie- und Handelsstaat. In welchem Maße sie erfolgte, zeigt die Tatsache, daß während in den Jahren von 1882 bis 1907 die Zahl der männlichen Arbeiter von 13,37 auf 18,58 Millionen = 38,8 Proz. stieg, sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen — die Dienstboten nicht eingerechnet — von 4,26 auf 8,24 Millionen = 91 Proz. erhöhte. Nimmt man die Dienstboten hinzu, so erhöht sich die Gesamtzahl der weiblichen Erwerbstätigen in dem angeführten Zeitraum von 5,54 auf 9,49 Millionen.

Die Verwendung von Frauenarbeit in der Industrie ist wie ihre Zunahme keine gleichmäßige. Sie schreitet aber unaufhaltsam fort und sind daran alle Berufsarten beteiligt. So waren 1895 von den in der Berufsstatistik aufgeführten 166 industriellen Berufsarten erst 17 mit überwiegender Frauenarbeit vorhanden. Im Jahre 1907 war deren Zahl bereits auf 28 angewachsen. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Berufe mit mehr als 20 000 erwerbstätigen Frauen von 14 auf 20. Hierbei stehen begreiflicherweise überall diejenigen Gewerbegruppen im Vordergrund, die der hauswirtschaftlichen Tätigkeit der Frauen verwandt und für die Individualität der Frauen am besten geeignet sind. Wie aber die Erfahrungen des Krieges zeigen, gibt es hierfür keine bestimmte Grenze. Es geht das daraus hervor, daß wir seit Ausbruch des Krieges in steigendem Maße das Eindringen von Frauen selbst in solchen Berufen beobachten können, die bis dahin als ausschließliches Tätigkeitsgebiet des Mannes betrachtet wurden. In der Kriegsindustrie wie auch in anderen Gewerben werden gegenwärtig Frauen mit den schwersten Arbeiten beschäftigt, die für ihre Konstitution durchaus nicht geeignet sind und für ihre Gesundheit nicht ohne nachteilige Folgen bleiben können. Es ist ja wohl anzunehmen, daß sich die Verhältnisse nach dem Kriege wieder ändern werden. Doch wäre es verfehlt, in dieser Beziehung allzu optimistisch zu sein. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Verwendung der Frauenarbeit auch nach Eintritt des Friedens auf wesentlich breiterer Grundlage erfolgen wird als seither.

(Fortf. f.)

Hus unferem Berufe.

Bunzlau. Seit längerer Zeit schon erhalten die Kollegen am hiesigen Orte Teuerungszulagen, und zwar in Höhe von 2—10 Pf pro Stunde.

Grünhain. Die Firma Gebr. Bing, Emailierwerk, zahlt ihren Arbeitern eine Teuerungszulage in Höhe von 10 Proz.

Totenliste der verstorbenen Kollegen.

Otto Christmann, Maler, geboren am 18. Oktober 1883 in Annaburg, gefallen am 10. Juli. Mitglied der Schiffschiff Annaburg.

Reinhold Jahn, Formengießer, geboren am 22. Oktober 1883 in Annaburg, am 9. Juli schwer verwundet, gestorben am 2. Juli. Mitglied der Schiffschiff Unterweißbach.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Rudolstadt. Oskar Müller, Formengießer, geboren am 13. Oktober 1865 in Richte bei Ballendorf, wurde am 30. Juli tot aufgefunden und dürfte wahrscheinlich freiwillig dem Leben geschieden sein. Mitglied seit 1905.

Tiefenfurt. Franz Bocepicky, Maler, geboren am 1. Januar 1892 in Prag, gestorben am 5. August im Krankenhaus zu Bunzlau an Darmtuberkulose. B. hat als Angehöriger des österreichischen Heeres den Feldzug mitgemacht und hat die Krankheit auch im Felde zugezogen. Mitglied der Schiffschiff Tiefenfurt.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen

Gabreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Sonnabend, 19. August, abends 8 1/2 Uhr, Schiffschiff Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Frankfurt am Main. Sonnabend, 19. August, abends 9 Uhr, Kemm, Große Rittergasse 56.

Suhl. Sonntag, den 13. August, nachmittag 3 Uhr, in Dornau Ansicht. Wichtige Tagesordnung.

Adressen-Änderungen

Königsee. Kassierer: Hermann Wiegand, Kapfeldecker, Kirchweg 1.

Arbeitsgelegenheit u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einsparung

Maler, verh., militärfrei, flott in mittleren und leichten Dekorationsarbeiten, an sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht dauernde Stellung. Offerten unter S. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Zum sofortigen Eintritt suchen
Cellerdreher, Modelleinrichter, Abgießer
für dauernde Beschäftigung.

Porzellanfabrik Schönwald H.-G.
Schönwald (Oberfranken).

Preis der Anzeigen
Zeitung 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Verantwortung
für Werbung

Schwämme für Dreher, Kleingeschirr, Garnierung, Druckereier, „Elephantenohren“, à Kilo Mt. 75,—, Levantiner, Zymen von Mt. 0,50 bis Mt. 4,50 das Stück, voll und glatt, gar 3 große Steingut, Hardhead, Cayos von Mt. 0,50 bis Mt. 1,50 versende unter 30 Mt. gegen Nachnahme; mit Fabrikanten besondere Vereinbarung; Proben werden nicht abgegeben.

H. Michelohn,
Berlin C. 25, Prenzlauertr. 42.

Kaufe auch alte künstl. Zähne u. Gebisse z. höchst. Preisen

Alle Gold- und Silber-Abfälle



Ostervollstrasse 32.

Otto Seifert, Zwickau S.

Edel-Metall-Schmelz-Gewerkschaft 1898

Gold- und Silber-Abfälle

als Schmiere, Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend

Max Haupt, Dresden-H., Börsenplatz 1

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und iontische goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekt

Emil Böhm, Eisenberg S.-H. Beste Geschäft dieser Art. NB. Empfehlung ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mt.

Goldschmiere, goldb. Metallrückstände kauft

M. Köbler, Dresden-H., Gerichtstraße 8

Beste Preise. — Reelle Bedienung. — Sofortige

Verantwortung v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiter

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosenstr. 4

Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosenstr. 4

Verlag von Otto Goetze, Charlottenburg, Wallstraße 22